

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckanstalt: Tagesblatt-Rieser,
Bismarckstr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
des Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht und des
Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptzollamts Weihen, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postfachkonto: Dresden 1530
Groschasse Rieser Nr. 52.

Nr. 229.

Montag, 1. Oktober 1923, abends.

76. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für die Zeit vom 29. 9. bis 5. 10. 23 Millionen Mark einseht. Druckerlohn. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen: eine Gewöhr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Wägen wird nicht übernommen. Grundpreis für 1/8 mm breite, 3 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 120 Mk.; die 89 mm breite Reklameweile 400 Mk.; zeitraubender und tabellarischer Text 50%, Aufschlag. Der jeweils zur Berechnung gelangende Stellenpreis ergibt sich aus vorstehenden Grundzahlen vervielfältigt mit der am Tage der Aufnahme gültigen Anzeigenschlüsselzahl. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verläßt, durch Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verlegerin oder der Verlegerin — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Retentionsdruck und Verlag: Vanger & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Gohlstr. 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Rieser; für Anzeigenteil: Wilhelm Ditzsch, Rieser. Schlußzahl: 50000.

Warnung vor Plünderungen.

Der Befehlshaber im Wehrkreiskommando IV gibt folgende Verordnung bekannt:
Zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung verordne ich folgendes:

1. Alle Kontrollausschüsse und ähnliche Organisationen, die den Zweck haben, Einflüsse auf die Preisgestaltung und die Verteilung der Lebensmittel zu nehmen werden hierdurch, soweit sie nicht behördlich genehmigt sind, verboten.
2. Die eigenmächtige Wegnahme von Vieh, Feld- und Gartenprodukten, von landwirtschaftlichen und gärtnerischen Erzeugnissen, ebenso die eigenmächtige Wegnahme von Lebensmitteln aus Läden, Verkaufsstellen und Vorratsräumen wird verboten.
3. Zuwiderhandlungen oder der Verweigerung oder Aufforderung zu Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften 1 und 2 werden, soweit nicht in besonderen Fällen die einschlägigen Strafgesetze höhere Strafen androhen, mit Gefängnis oder Geldstrafe bis zu 15000 Goldmark bestraft.

Dresden, den 28. 9. 1923.

Der Befehlshaber im Wehrkreiskommando IV,
Rüchler, Generalleutnant.

Das Reichskabinett zur politischen Lage.

Das Reichskabinett trat gestern nachmittag zu einer Sitzung zusammen, um zur politischen Lage Stellung zu nehmen. Die Beratungen galt, wie in unterrichteten Kreisen verlautet, den Vorbereitungen der in der nächsten Sitzung des Reichstages vom Reichskanzler für die Regierung abzugebenden Erklärungen. Sie werden sich in erster Linie auf die außenpolitische Haltung der Reichsregierung beziehen. Ferner wird über die durch die Verbindung des Reichsausnahmestandes entstandene Lage und das dadurch geschaffene Verhältnis des Reiches zu den Ländern berichtet werden. Endlich werden die vom Kabinett in Aussicht genommene Maßnahmen auf wirtschaftlichem, finanziellen und sozialen Gebiete zum Gegenstand der Erörterungen der Reichsregierung gemacht werden. Man nimmt in Regierungskreisen an, daß bis zur Reichstags-Sitzung die offiziellen Erklärungen Frankreichs und Belgiens über die nach Aufgabe des passiven Widerstandes von diesen Ländern einzunehmende Haltung vorliegen werden. Sollte dies nicht der Fall sein, so wird sich die Regierung auch über die eventuelle Stellung zu den kommenden Ereignissen äußern, insbesondere zu den von einzelnen Stellen der französischen Verwaltung an deutsche Eisenbahnbeamte und Arbeiter gestellte Forderungen.

Die Lage im Reich hat nach Verklärung des Reichsausnahmestandes bisher zur Vornehmung keine Veranlassung gegeben und es wird angenommen, daß die Wirkung des Reichsausnahmestandes das Reich vor Unruhen auch weiterhin bewahren wird. Die Nachrichten aus Bayern zeigen, daß dort die gestern abgehaltenen Kundgebungen in voller Ruhe verliefen sind. Die Nachrichten über die Andeutung der Rheinischen Republik haben sich nicht bewahrheitet. Die Absichten der Separatisten sind vereitelt worden durch die Haltung der Bevölkerung, die in ihrer ungetrübten Mehrheit den Bestrebungen der Separatisten ablehnend gegenübersteht.

Zur Lage in Bayern.

(München. Die Korrespondenz Hoffmann meldet amtlich: Alle Nachrichten, daß die Reichsregierung die Bayerische Regierung zu veranlassen geseht habe, den von ihr in Bayern verhängten Verordnungen zurückzunehmen, sind falsch.)

In der Korrespondenz der Bayerischen Volkspartei wird zu der Erklärung des Reichsausnahmestandes im Reich u. a. ausgeführt, die Tatsache eines doppelten Ausnahmestandes, des über das Reich und des in Bayern verhängten, brauche noch nicht zu Unzulänglichkeiten zu führen, wenn auch nicht zu leugnen sei, daß Konfliktsmöglichkeiten zwischen den beiden vorkommenden Gewalten entstehen können. Ramentlich könnte die Ernennung der Zivilkommissare zu Schwierigkeiten führen, wenn man nämlich dabei in Berlin nicht in Rechnung stellen wollte, daß wir in Bayern augenblicklich ganz besonders gelagerte Verhältnisse haben, deren Lösung eine bayerische Angelegenheit bleiben müsse. Die Ernennung eines Reichszivilkommissars für Bayern wäre unter den augenblicklichen bayerischen Verhältnissen ein Verstoß mit unübersehbaren Folgen; tatsächlich habe Minister Dr. Gehler von der Ernennung eines Zivilkommissars für Bayern Abstand genommen.

Eine Gedankenfelde in München.

Wie die Blätter aus München melden, weihte gestern das Leibregiment eine Gedankenfelde für seine Kriegsgefallenen ein. Im Hofe der Türkenkaserne waren etwa 20000 ehemalige Angehörige des Regiments aufgestellt. Der frühere Kronprinz Rupprecht, viele Prinzen und Prinzessinnen, Ministerpräsident von Kärnten, die Generäle Joffe und Bodmer waren anwesend. Nach einer Ansprache des Generals Epp enthielt der ehemalige Kronprinz Rupprecht die über dem Eingang der Kaserne angebrachte Tafel. Dann folgte der Vorleser des Leibregiments vor dem ehemaligen Kronprinzen, wobei das Publikum ihn mit dem Ruf begrüßte: Es lebe der König! Darauf begab sich der ehemalige Kronprinz zum Armeemuseum, vor dem die Münchner Schuhmannschaft zur Feier des 25. jährigen Bestehens aufgestellt war. Die Festrede hielt Minister Schworer.

Bekommt Sachsen einen Zivilkommissar?

In offiziösen Kreisen verlautet jetzt, daß man den Plan, den Innenminister Siebmann zum Zivilkommissar ernennen zu lassen, fallen gelassen hat und für ihn den sozialdemokratischen Ministerialdirektor Freund empfohlen wird. Von anderer unterrichteter Seite wird gemeldet, daß wahrscheinlich überhaupt kein Zivilkommissar für Sachsen ernannt wird, weil der Bereich des Militärkommissars für den Wehrkreis IV weit über die Grenzen des Reichsausschusses hinausläuft und die Ernennung eines sächsischen Regierungsmannes zum Zivilkommissar über preussische, anhaltische und braunschweigische Gebietsteile leicht zu Kompetenzschwierigkeiten führen könnte.

Freigebnis der Rheinländer.

(A. S. In. Ueber Hunderttausend Angehörige aller politischen Parteien und aller gewerkschaftlichen Richtungen schloßen sich gestern vormittag auf dem Kölner Messegelände zu einem Schwur der Treue des Rheinlandes zum Reich zusammen. Die Massenversammlung hatte einen hier noch nie gesehenen Umfang. Nach Gesangsvorträgen des Kölner Männergesangsvereins sprach der dem Zentrum angehörige Stadtverordnete Schaenen. Im Namen des ganzen Rheinlandes, im Namen der Anhänger aller politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Richtungen gelobte er dem Deutschen Reich Treue, verlangte die Befreiung der Ausgewiesenen und die Freigabe der Gefangenen und lehnte die Behauptungen der Sonderbündler entschieden ab. Insbesondere wies der Redner auf die Worte Poincaré hin, daß er keine Annexionen beabsichtige. Die Rede wurde von starkem, anhaltendem Beifall wiederholt unterbrochen. Die Versammelten nahmen einstimmig eine Entschließung an, in der es u. a. heißt: Das Rheinland fühlt sich unerschütterlich mit dem deutschen Vaterland verbunden. Es wird allen Versuchen, irgendeine Aenderung seiner staatlichen Zugehörigkeit durchzuführen, leidenschaftlichen Widerstand bis zum letzten entgegenzusetzen. Die Sonderbündler haben kein Recht, im Namen des rheinischen Volkes zu handeln und sich als Vertreter der rheinischen Bevölkerung auszugeben. Wir erneuern und bekräftigen das alte Gelübnis, mit allen Deutschen gemeinsam den heiligen Weg unserer Geschichte zu gehen. Wer sein Vaterland verläßt, der verläßt sich selbst und die überweltliche Mehrheit der Rheinländer gebildet haben. Vor aller Welt berufen wir uns auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker. In feierlicher Form verwahren wir uns gegen jeden Versuch, unser Recht auf Freiheit mit Füßen zu treten und das freie politische, wirtschaftliche und geistige Leben zu erschneiden, das uns mit dem ganzen Deutschland in guten wie in bösen Tagen verknüpft. Mit einem Hoch auf das deutsche unteilbare Vaterland schloß die Kundgebung.

(Duisburg. Die Duisburger Stadtverwaltung und das Stadtverordnetenkollegium haben folgende gemeinschaftliche Erklärung abgegeben: Die Reichsregierung hat nach Anhörung der berufenen Vertreter der besetzten Gebiete beschlossen, die Verhandlungen, die sich auf die Durchklärung des passiven Widerstandes bezogen, zurückzusetzen. Reichspräsident und Reichsregierung haben in ihrem Aufruf ausdrücklich betont, daß auch nicht das kleinste Stück deutscher Erde vom Deutschen Reich abgetrennt werden darf. Stadtverwaltung und Stadtverordnetenversammlung stellen sich einmütig auf den Boden des Aufrufs. Dies zu bekräftigen, ist dringend notwendig, weil seit langer Zeit unverantwortliche Kreise an der Arbeit sind, die Rheinlande vom Reich und von Preußen abzutrennen. Dieses Treiben ist glatter Landesverrat und wird aus nachdrücklichster Verurteilung. Jeder Versuch, ganz gleich, von welcher Seite er kommt, der darauf hinausgeht, die Einheit des Reiches zu zerschneiden und den Bestand der deutschen Republik zu gefährden, wird von uns mit allen zu Gebote stehenden Mitteln aufs schärfste bekämpft. Die gesamte Bürgererschaft fordert wir auf, sich durch nichts in der kommenden schweren Zeit in ihrer Treue zum Deutschen Reich wankend machen zu lassen. Nur die Treue und Unverletzlichkeit der rheinischen Bevölkerung wird es vermögen, das Rheinland dem deutschen Volk zu erhalten. Darum, rheinisches Volk, halte fest an deutscher Treue und deutscher Ehre!

(Essen. In sämtlichen politischen Kreisen ist keinerlei Stimmung für die Gründung einer rheinisch-westfälischen oder einer Rheinischen Republik vorhanden. Insbesondere läßt dieser Gedanke in den Gewerkschaftskreisen aller Richtungen auf schärfste Ablehnung. In den Kreisen der Zentrumspartei, in denen 1918 mit Rücksicht auf die revolutionäre Beeinflussung eine Reizung für die Einführung vorhanden war, ist dieser Gedanke sofort aufgegeben worden, als die französische Einnahme erkennbar geworden war. Heute ist auch dort schärfste Ablehnung festzustellen.

Dortens Wählerarbeit.

Dortens erklärte in Wiesbaden einem Vertreter des „Gaulois“, er werde die Rheinische Republik auf alle Fälle gründen und fürchte keine Widerstände vom Ausland, auch von England nicht. Eine gerade Linie von Essen nach Frankfurt a. M., in die beide einbezogen werden sollen, werde ihre Ostgrenze bilden. Bochum und Dortmund im Norden und Mannheim im Süden sollen ausgeschlossen bleiben, während die Waal, Diersfeld, Nassau und das ehemalige Grobherzogtum Hessen zur Rheinischen Republik kommen sollen, die damit 11 Millionen Menschen umfassen werde. Frankreich könne am Rhein bleiben, so lange es wolle. Die zu gründende Rheinische Republik werde unter das Kommando französischer und belgischer Offiziere gestellt werden.

Blutige Zusammenstöße in Düsseldorf

Sonderbündler gegen die Schutzpolizei.

(Düsseldorf. Nach einem bis in die Nachmittagsstunden ruhig verlaufenden Sonntag kam es zu Zusammenstößen, als schwer bewaffnete Sonderbündlertruppen die Polizei angriffen. Es gelang der Polizei, die Sonderbündler auseinanderzutreiben, als die Franzosen auf Verlangen der Sonderbündler mit Kanonen und Wagnersautomobilen einrückten. Die Polizei wurde umzingelt und entwaffnet. Die Sonderbündler überfielen die entwaffneten Polizeibeamten, mißhandelten sie und schossen einen Polizisten nieder. Der Rest der Schutzpolizei im Polizeigebäude wurde ebenfalls von den Franzosen entwaffnet und von den Sonderbündlern unheimlich mißhandelt. Die genaue Zahl der Toten und Verwundeten ließ sich bisher nicht feststellen. Vier Polizisten und zwölf Sonderbündler sollen getötet worden sein. Eine große Anzahl Schmer- und Leichtverwundeter wurde in die Krankenhäuser gebracht. Die Franzosen verhafteten den Polizeibeamten. Starke französische Patrouillen durchziehen die Stadt.

Vor den blutigen Zusammenstößen zwischen demonstrierenden Sonderbündlern und der Schutzpolizei hatten sich bereits mehrere andere ebenfalls von den Separatisten provozierte Zwischenfälle ausgetragen. Die Sonderbündler waren in verschiedenen Sonderlagern der französisch-belgischen Regie aus Maastricht, Wijnchen-Bladbach und Köln eingetroffen. Sie formierten nach einer Ansprache eines aus etwa 10000 Köpfen bestehenden Zug, darunter bewaffnete Stotrupps von etwa 2000 Mann. In der Königsallee wurden von Teilnehmern des Zuges sechs Beamten der blauen Ordnungspolizei die Säbel abgenommen und zerbrochen, am Hindenburgwall zwei weitere angefaßt und der eine zu Boden geschlagen. Zum Schutze dieser Polizeisten rückte grüne Schutzpolizei an, auf die, wie von Augenzeugen berichtet wird, von den Sonderbündlern geschossen wurde. Die Schutzbeamten, die darauf das Feuer erwiderten, schossen zunächst in die Luft, als jedoch einer von ihnen von einer Kugel getroffen niederstürzte, schossen sie in die angreifende Menge und räumten den Wall in wenigen Minuten. Im Anschluß hieran kam es auf Veranlassung der Sonderbündler zu dem gemeldeten Eingreifen der Franzosen. Die Düsseldorf-Bürgerchaft hatte sich an den ganzen Vorgängen nicht beteiligt, sondern nur entsprechend den Anweisungen der Parteien und Gewerkschaften nahezu reiflos von den Straßen fern geblieben. Wirtwirtschaften, Kinos und Theater waren geschlossen. Die Straßen waren bereits seit 10 Uhr vormittags still.

Das Mißtrauen Frankreichs.

Pariser Kreise erklären, das anfängliche Mißtrauen Frankreichs gegenüber der sogenannten Einstellung des passiven Widerstandes stelle sich jetzt als nur zu berechtigt heraus. Besonderen Unwillen verurteilt, daß die Verordnung vom 13. Januar, betreffend die Einstellung der Materiallieferungen an Frankreich, nicht zurückgenommen sei. Es könne daher kein Zweifel darüber herrschen, daß die französische Regierung mit diesem Nachdruck auf die Wiederaufnahme der Materiallieferungen dringen werde. Erst wenn dieses geschehen sei, werde Frankreich, nach dem „Echo de Paris“, Deutschland die Einstellung des passiven Widerstandes gutschreiben. Die französische Regierung scheint abgesehen davon, daß sie sich von vornherein an der Person des Herrn Fuchs als Reichskommissar für die besetzten Gebiete lehnt, im allgemeinen auch die Rückkehr eines Reichskommissars nach Koblenz nicht zulassen zu wollen. Vertinax hält es auch für zweifelhaft, daß die Rheinlandskommission aus eigener Kraft das schwierige Problem zu lösen imstande sei. Vertinax erklärt: Wenn wir diesem Problem gewachsen sind, so ist es das Beste, wenn wir die Berliner Politiker vollkommen links liegen lassen, sonst sind wir gezwungen von ihnen die Verwirklichung der Probleme zu verlangen.

Poincaré verharrt auf seinem Standpunkte.

Ministerpräsident Poincaré hat gestern aus Unlach der Entscheidung eines Kriegesdenkmals im Walde von Villy eine Rede gehalten, in der er erklärte, Frankreich werde nicht aufhören, seine Reparationsforderungen zu wiederholen und die Völker anzurufen bis zu dem Tage, an dem es verstanden worden sei. Deutschland habe jetzt erklärt, daß es gezwungen gewesen sei, den Widerstand im Ruhrgebiet einzustellen. Wenn die deutsche Regierung erkläre, daß die belgischen und französischen Truppen in das Ruhrgebiet gegen Recht und gegen die Verträge eingebracht seien, wenn es ihnen vorwerfe, die Bevölkerung unterdrückt, die individuelle Freiheit beseitigt, die der Gewalt bezugung zu haben, — dann unterschiede es Frankreich und Belgien, die auf Befehl des vorausgesetzten Reichsministeriums seit 8 Monaten gegen Frankreich in den legal besetzten Gebieten vorgegangen seien. Poincaré sagt zum Schluß: Die deutsche Regierung hat mit ein wenig Wagem der Welt angekündigt, daß sie dem passiven Widerstand im Ruhrgebiet ein Ende bereiten werde. Sie konnte nicht anders handeln. Sie mußte, daß sie nicht mehr imstande ist, den Widerstand zu finanzieren. Aber die verdrückliche Erklärung eines unvermeidlichen Waffenstillstandes bedeutet nichts, von der Ausführung hängt alles ab. Wie beurteilen Deutschland nach seinen Taten. Es hat darauf verzichtet, Bedingungen zu stellen. Das ist gut, aber es muß uns jetzt zeigen, daß es wirklich geneigt ist, in den besetzten Gebieten die Ausbeutung der belagerten Wälder zu erleichtern. Wenn es verlangt, daß wir die getroffenen Maßnahmen zurücknehmen, die wir, sei es für unsere Sicherheit, sei es für unsere Reparationsansprüche,